

NIEDERSCHRIFT Nr.: 34/L

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am **Donnerstag, 25.10.2018, um 16:00 Uhr**

34. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 16:31 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen

Herr Robert Bücking

Herr Dr. Magnus Buhlert für Frau Lencke Steiner

Frau Sina Dertwinkel für Herrn Sascha Lucht

Herr Nelson Janßen für Herrn Klaus-Rainer Rupp

Frau Susanne Grobien

Herr Mustafa Güngör für Herrn Elias Tsartilidis

Herr Jörg Kastendiek

Herr Andreas Kottisch

Herr Nima Pirooznia für Frau Dr. Henrike Müller

Herr Dieter Reinken

Herr Frank Schildt

Von der Verwaltung

Frau Dr. Blings

Frau Bierwirth

Herr Brunßen

Herr Cordßen

Frau Geßner

Frau Jansen

Frau Meißner

Herr Meyer

Herr Peters

Herr Sengstake

Herr Staatsrat Siering

Frau Stellmacher

Herr Tschupke

Frau Wessel-Niepel

Frau Wichtill

Herr Wiebe

Gäste

Frau Geber (WFB)

Herr Göbel (WFB)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 33/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil - vom 19.09.2018

Abg. Kastendiek bittet darum, dass in Bezug auf die im Protokoll unter TOP 7 „Neufassung der Richtlinie für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RL BAU)“ Vorlage Nr. 19/545-L angesprochene BIM (Building Information Modeling)- Planung seitens der in Bremen betroffenen Einrichtungen ein Bericht zu den Planungen bezüglich der Nutzung dieser Software-unterstützten Planungsmethode vorgelegt wird.

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenbericht zum 30.06.2018**

Vorlage Nr. 19/576-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) nimmt den Zwischenbericht zum 30.06.2018 zur Kenntnis.

An die Deputation

**TOP 3 "Bremen Digital 2019-2021"
Die Digitalisierungsinitiative zur Stärkung der Innovationskraft
der Wirtschaft im Land Bremen**

Vorlage Nr. 19/609-L

Herr Tschupke führt in die Vorlage ein. Er erklärt, dass auf Seite 2 der Vorlage die inhaltlichen Schwerpunkte der Digitalisierungsinitiative für die kommenden Jahre dargestellt seien. So seien beispielsweise der weitere Ausbau der Breitbandversorgung sowie die neue Technologie 5G als Infrastrukturprojekte angeführt. Diesbezüglich gebe es durch den Bund Förderprogramme, die nun auf bremischer Ebene genutzt und weiterentwickelt werden müssten.

Speziell in den einzelnen Branchen Einzelhandel, Tourismus und Handwerk fände eine

branchenbezogene Beratung in Verbindung mit der City-Initiative oder der Handwerkskammer statt. In Bezug auf die Digital Hubs als Innovationsinstrument finde ebenfalls eine Zusammenarbeit mit mehreren, unterschiedlichen Unternehmen statt, die sich sowohl aus erfahrenen Unternehmen, als auch Start-Ups zusammensetzen.

Abg. Janßen begrüßt die Initiative. Er merkt jedoch unter Bezugnahme auf das IAB-Betriebspanel 2016 an, dass der digitalen Spaltung zwischen digital entwickelten Unternehmen und digitalen Startern nicht ausreichend entgegengewirkt werde. Für diese brauche es Förderprogramme zur tiefergehenden Unterstützung. Insofern enthalte sich seine Fraktion, da der eingeschlagene Weg zwar inhaltlich unterstützt werde, aber noch nicht ausreichend sei.

Abg. Kastendiek führt aus, dass die Initiative zwei Aspekte nicht ausreichend abdeckt. Einerseits könne nicht nachvollzogen werden, welche Ziele mit der Initiative erreicht werden sollen. Dadurch könnten auch Veränderungen nicht ausreichend festgestellt und bewertet werden. Andererseits werde die digitale Transformation als eine der zentralen Herausforderungen genannt, jedoch nicht als Programmpunkt bzw. Handlungsfeld angeführt. In diesem Punkt müsse eine Beratung stattfinden, da mittlerweile eine große Offenheit und Änderungsbereitschaft, beispielsweise im Bereich des Handwerks, vorläge, dort aber die notwendigen Kenntnisse fehlten.

Abg. Dr. Buhlert bemängelt, dass nur einzelne Aspekte der Digitalisierung vorangetrieben würden, nicht jedoch nicht die breite Masse. Ebenso bestehe keine Verknüpfung zu den Aspekten anderer Ressorts wie zum Beispiel Bildung, weshalb mögliche Synergien ungenutzt blieben.

Abg. Reinken äußert den Eindruck, die Vorredner würden die Einrichtung einer „zentralen Digitalisierungsbehörde“ erwarten. Die Verwaltung habe aber vielmehr die Instrumente für Veränderungen wie etwa Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen bereitzustellen, während die Umsetzung, etwa in Form von Rationalisierungs-, Digitalisierungs- oder Transformationsmaßnahmen in den Händen der Unternehmen liegen sollte. Er halte mit der Digitalisierungsinitiative die wesentlichen Arbeitsfelder für erfasst und mit sinnvollen Instrumenten verbunden.

Abg. Bücking bekennt zunächst Zweifel an der Digitalisierungsinitiative im Sinne einer ausreichend ausgestatteten und tief vernetzten Arbeitsplattform gehabt zu haben. Hintergrundgespräche eröffneten dann, dass die entsprechenden Verknüpfungen bereits gebildet seien, während die finanzielle Ausstattung mit einem zweijährigen Horizont am Ende der Legislaturperiode begrenzt sei. Er verstehe die Digitalisierungsinitiative als Ermächtigung für das Ressort, Initiativen zu entwickeln und zu handeln. Möglicherweise

könne Herr Tschupke die Initiative in diesem Sine noch weiter verdeutlichen.

Abg. Kastendiek stellt in Richtung des **Abg. Reinken** fest, dass die von diesem geäußerte Erwartungshaltung von den Oppositionsfraktionen nicht formuliert worden sei.

Herr Tschupke erklärt, dass die Anwendung des Maßnahmenpaketes „Bremen Digital 2019-2021“ anhand des Beispiels Tourismus und Einzelhandel dargestellt werden könne. So seien mit den Autoren des Tourismuskonzeptes und der City-Initiative gemeinsame Strategien entwickelt worden. Auch für die digitale Entwicklung des Handwerks befinde man sich im Austausch mit der Handwerkskammer, um eine Beratungsinitiative für das Handwerk zu entwickeln. Hinsichtlich der Verknüpfung von und mit Initiativen der anderen Senatsressorts führt er an, dass zum Beispiel die Senatorin für Finanzen eine eigene Abteilung für den Bereich der Digitalisierung besitzt. In diesem Zusammenhang fänden gemeinsame Staatsrätesteuerungsrounds statt, über die das Wirtschaftsressort auch die genannten Schwerpunkte einbringe.

Abg. Kottisch sieht in der Digitalisierungsinitiative einen wichtigen Schritt, Digitalisierungsthemen überregional zu vermarkten und zur Standortpflege beizutragen. Dabei sei es wichtig, den Unternehmen zu überlassen, wie und auf welchen Feldern – Prozessoptimierung, Entwicklung neuer Geschäftsmodelle – sie die Digitalisierung vorantreiben und umsetzen. Die dargestellten Handlungsfelder und Instrumente würden dafür einen passenden Rahmen bieten. Er bittet zudem zu bedenken, dass ein Ausbau der Digitalisierungsinitiative in Richtung einer Fachkräftequalifizierung in Kooperation mit der Hochschule Bremen und der Universität Bremen eine große Chance für Bremen darstelle. Unternehmen könnten ihren Fachkräftebedarf besser decken, während für den Standort Bremen ein verstärktes Gründungs- und Start-Up-Geschehen zu erwarten sei.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Initiative „Bremen Digital 2019-2021“ zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von 1.995.000 €.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für die Initiative „Bremen Digital 2019-2021“ und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019-2021 i.H.v. insgesamt 1.995.000 € entsprechend dem beiliegenden VE-Antrag zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und DIE LINKE.

TOP 4 Netzwerk NEREUS (Netzwerk der Raumfahrttechnologie nutzenden Regionen)

Vorlage Nr. 19/617-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vom Ausschuss für Bundes- und Europangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit der Bremischen Bürgerschaft erbetenen Bericht zum Netzwerk NEREUS zur Kenntnis.

TOP 5 Verlängerung des Modellvorhabens Inklusion im Sport (InSpo)

Vorlage Nr. 19/608-L

Abg. Schildt erläutert, dass die Anlage zur Vorlage verdeutlicht, dass gute Arbeit bezüglich der Inklusion im Sport geleistet werde. Dies erfolge zum Beispiel durch vermehrte Arbeitseinsätze von schwerbehinderten Akademikern. Zudem sei es als sinnvoll anzusehen, dass die verbleibenden Mittel aus der Ausgleichsabgabe für die Fortsetzung des Programms genutzt werden.

Abg. Dr. Buhlert merkt an, dass die Fortsetzung des Programms „InSpo“ auch ohne die bestehenden Restmittel ein sinnvolles Vorhaben sei.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Verlängerung des Modellvorhabens „Inklusion im Sport (InSpo)“ bis zum 31.12.2019 und dem weiteren Einsatz der ursprünglich für das Modellvorhaben bereitgestellten Mittel der Ausgleichsabgabe zu diesem Zweck bis zu einem Betrag von rund 112.850 Euro zu.
2. Die staatliche Deputation für Sport stimmt der Verlängerung des Modellvorhabens „Inklusion im Sport (inSpo)“ zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 6 Landesprogramm "Weiter mit Bildung und Beratung" Zwischenbilanz und Eckpunkte der Fortführung 2019/2020

Vorlage Nr. 19/552-L

Abg. Frau Böschen betont, dass sie die Fortsetzung des Programms ausdrücklich begrüße. Das Kompetenzfeststellungsverfahren Bremens „KofeBS“ stelle auf Bundesebene eines der besten Verfahren dar. Zudem seien die Maßnahmen des Landesprogramms im Alltag der beruflichen Schulen integriert. Darüber hinaus müssen auch künftig Qualifizierungsmodule aufgenommen werden, speziell um geflüchteten Menschen die Chancen zu gewähren, ihre Qualifikationen zu erweitern.

Abg. Janßen führt an, dass er die Fortführung des Landesprogramms unterstütze. Dennoch sei aus seiner Sicht ein Missverhältnis in Bezug auf die Maßnahmen der Beratung und der schlussendlichen Förderung auszumachen. So würden gemäß den Seiten 3 und 4 der Senatsvorlage 1.832 Personen beraten, allerdings nur 26 Personen beim Nachholen von Berufsabschlüssen tatsächlich über den Weiterbildungsscheck gefördert.

Frau Jansen erläutert, dass sowohl eine Verstärkung des Instrumentes der Förderung, als auch der Beratung umgesetzt und auch weiterhin angestrebt werde.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die vorgelegte Zwischenbilanz zur Kenntnis und stimmt der Weiterführung des Landesprogramms „Weiter mit Bildung und Beratung“ zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Mitte 2020 über den Programmverlauf zu berichten und einen Vorschlag für die Folgejahre vorzulegen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0308/686 53-1, EU-Zuschüsse ESF 2014 – 2020, in den Jahren 2019 i.H.v. 719 T€ und 2020 i.H.v. 743 T€ zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2020 i.H.v. 743 T€ im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2020/2021 prioritär im Haushalt des PPL 31 darzustellen.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, über die Senatorin für Finanzen den erforderlichen Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 7 Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/601-L

Abg. Janßen fragt, ob die umgewidmeten Mittel in Höhe von 1 Mio € noch umgesetzt werden können. Des Weiteren hinterfragt er, ob Maßnahmen für verbesserte Ausschöpfungen der Mittel geplant seien, da die vorhandenen Mittel in Bremerhaven nicht so ausgeschöpft würden wie in Bremen. Zudem fragt er, ob nicht nur für Bremerhaven, sondern auch für Bremen eine Ausschöpfungsprognose angegeben werden könne.

Frau Jansen führt aus, dass wie in jedem Jahr die komplette Ausschöpfung aller vorhandenen Mittel angestrebt werde, dies allerdings aufgrund des bereits fortgeschrittenen Jahresverlaufs schwer zu realisieren sei. Hinsichtlich der erwarteten Ausschöpfungsquote sei die Angabe für Bremerhaven als realistisch anzusehen. Für Bremen sei seitens der Geschäftsführung des Jobcenters keine Angabe vorgesehen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 8 Erster Monitoringbericht der Jugendberufsagentur: Ausgangslage Schule

Vorlage Nr. 19/607-L

Abg. Janßen hebt hervor, dass es sich bei dem Monitoringbericht um eine übersichtliche Darstellung handle. Er fragt, warum auf Seite 1 der Anlage zu über 50 % der Personen bis 25 Jahre keine Angaben über den Übergang und den Verbleib nach der Schule bestünden.

Frau Jansen erklärt, dass es sich als großes Problem darstelle, die erforderliche Einverständniserklärung von den betroffenen Personen zu erhalten, die eine anschließende Erfassung des Verbleibs ermögliche. Diese Einverständniserklärungen lägen nicht ausreichend vor. Es werde jedoch durch unterschiedliche Maßnahmen versucht, verstärkt Einwilligungen einzuholen.

Abg. Janßen merkt an, dass die Einverständniserklärungen nur von Personen aus dem Schulsystem eingeholt werden müssen, die Darstellungen hingegen auch alle weiteren Personen beinhalten würden.

Frau Jansen entgegnet, dass eine Einwilligung seitens aller betroffenen Personen einzuholen sei, unabhängig vom jeweiligen Status der Person.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9 Finanzierung der Planung für den Ausbau der Rastanlagen an den Bundesautobahnen im Land Bremen

Vorlage Nr. 19/586-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

1. nimmt das Konzept zum Ausbau der Rastanlagen an den Bundesautobahnen im Land Bremen zur Kenntnis.
2. stimmt der Vorfinanzierung der Planungsleistungen für den Ausbau der Rastanlagen

an der A1 im Land Bremen in Höhe v. 300.000 EUR (Rückerstattung der Planungsausgaben durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bis spätestens 2023) zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 10 Umweltbezogenen Anteil bei den Hafengebühren für die bremischen Häfen stärken, Landstrom ausbauen
Bürgerschaftsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der CDU vom 30.08.2018 (Drucksache 19/1617)

Vorlage Nr. 19/611-L

Abg. Kastendiek verweist auf die zuvor in der Sitzung des Hafenausschusses geführte Diskussion.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zum Bürgerschaftsantrag „Umweltbezogenen Anteil bei den Hafengebühren für die bremischen Häfen stärken, Landstrom ausbauen“ zur Kenntnis.

TOP 11 Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung, der Verordnung zur Durchführung der Seeschiffsassistenz in den Bremischen Häfen (Bremische Seeschiffsassistenzverordnung) und der Bremischen Hafенordnung zum 01. Januar 2019

Vorlage Nr. 19/612-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung, der Bremischen Seeschiffsassistenzverordnung und der Bremischen Hafенordnung mit Wirkung zum 01. Januar 2019 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktionen der CDU und der FDP.

TOP 12 Gesetz zur Änderung des "Bremischen Gesetzes über die Schiffssicherheit in der Binnenschifffahrt"

Vorlage Nr. 19/613-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt nach Beratung dem Gesetz zur Änderung des „Bremischen Gesetzes über die Schiffssicherheit in der

Binnenschifffahrt“ zu.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) das Gesetz zur Änderung des „Bremischen Gesetzes über die Schiffssicherheit in der Binnenschifffahrt“ zu beschließen.
 3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen das Gesetz zur Änderung des „Bremischen Gesetzes über die Schiffssicherheit in der Binnenschifffahrt“ dem Senat mit der Bitte um Zustimmung und Einbringung in die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen.
- Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

TOP 13 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen

Gewerbepark Hansalinie (Erweiterung)

Planungskosten für die Baustufen 3 und 4

Vorlage Nr. 19/616-L/S

Auf entsprechende Nachfrage des **Abg. Janßen** erklärt **Frau Geßner**, es sei üblich, dass der Erlös des Gewerbeflächenverkaufs nicht die Kosten für deren Herstellung decke.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den zusätzlichen Planungskosten für die Erschließung der 3. und 4. Baustufe des Gewerbeparks Hansalinie in Höhe von 1.733.000 € auf der Grundlage der in der Senatsvorlage aufgezeigten Finanzierung zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem der Senatsvorlage als Anlage 1 beigefügten Antrag auf Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0709/891 70-7, GRW-Maßnahmen (BAB), in Höhe von 747.000 € zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 14 Verschiedenes/ Aktuelles

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Für die Protokollführung
TOP 5 - 8
Stellmacher

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen **EFRE-Mittel** aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	41.562.240	10.482.156
Achse 2 - KMU	13.012.593	7.956.750	5.245.429
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.268.902	4.494.272
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	12.287.100	4.626.806
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	3.415.695
Programm insgesamt	96.840.070	70.195.846	28.264.359

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro).
Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).

³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
1	Wirtschafts- deputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	138.976
2	Wirtschafts- deputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	109.550
3	Wirtschafts- deputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/ innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-17	623.000	0
4	Wirtschafts- deputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-17	465.000	0
5	Wirtschafts- deputation HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-21	1.800.000	0
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-20	6.000.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
7	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-18	950.000	929.665
8	Wirtschaftsdeputation HaFA	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016-17	915.000	0
9	Wirtschaftsdeputation HaFA	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße (inkl. vorgeschalteter Konzeptstudien Fischereihafen)	3	2016-17	518.902	446.160
10	Wirtschaftsdeputation HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016-17	280.000	416.038
11	Wirtschaftsdeputation HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	429.253
12	Wirtschaftsdeputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	3.284.208
13	Wirtschaftsdeputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	3.204.467
14	Wirtschaftsdeputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	3.415.695
15	Wirtschaftsdeputation HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	5.450.175 4.264.213 4.048.113
16	Wirtschaftsdeputation HaFA	07.09.2016 16.09.2016 19.09.2018 21.09.2018	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven (inkl. Mehrkosten-Beschluss 2018)	4	2016-20	2.570.000	545.638
17	Wirtschaftsdeputation HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	325.922
18	Wirtschaftsdeputation HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	0
19	Wissenschaftsausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
20	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0
21	Wissenschafts- ausschuss HaFA	17.05.2017 09.06.2017	Aufbau einer Forschergruppe „Hochleistungselektronik für Windenergieanlagen“	1	2017-21	752.500	142.674
22	Wirtschafts- deputation HaFA	27.09.2017 03.11.2017	City- und Stadtteilmarketing und -management (Finanzierung 2018 und 2019)	4	2018-19	280.000	132.397
23	Wirtschafts- deputation HaFA	15.11.2017 01.06.2018	Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot - aus BEGIN wird das START Haus	2	2018-19	1.500.000	981.216
24	Wirtschafts- deputation HaFA	13.12.2017 26.01.2018	Virtual Product House im EcoMaT: Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche	1	2018-21	1.220.000	0
25	Wissenschafts- ausschuss HaFA	11.04.2018 20.04.2018	Aufbau einer durchgängigen Prozesskette für das additive Manufacturing von hochbeanspruchten metallischen Bauteilen (IWT - ProAM)	1	2018-20	850.000	0
26	Senat Wirtschafts- deputation HaFA	08.05.2018 13.06.2018 29.06.2018	ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start-up Inkubators für die Raumfahrt in Bremen	1	2018-21	1.075.000	0
27	Wirtschafts- deputation HaFA	13.06.2018 29.06.2018	Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven	4	2015-20	762.250	0
28	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung der angewandten Umweltforschung (AUF)	1	2016-21	2.100.000	0
29	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung anwendungsnahe Umwelttechniken (PFAU)	1	2016-21	4.000.000	0
30	Umweltdeputation HaFA	14.06.2018 15.06.2018	"Drehscheibe Gröpelingen" Neubau einer Umsteigeanlage	4	2018-22	1.250.000	0
31	Wirtschafts- deputation HaFA	19.09.2018 21.09.2018	Projektförderung für die Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) GmbH in 2018 bis 2020	2	2018-20	503.750	0
32	Bau und Umwelt Deputation HaFA	01.11.2018	Naherholungspark Bremer Westen - Rundweg In den Wischen	4	2018-19	500.000	0
33	Bau und Umwelt / Kinder und Bildung Deputation HaFA	01.11.2018	Neubau der Oberschule und Gestaltung des Campus Ohlenhof - Neubau Sporthalle	4	2019-20	1.750.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 25.10.2018)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 25.10.2018)
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
40.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	Ende 2018
43.	Ausschöpfung des Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	25.10.2018
45.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	05.12.2018
46.	Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen Ausschreibung einer konkreten Pilotfläche	22.08.2018	Abg. Reinken	Bericht zum Jahresende 2018
47.	Nutzung von BIM-Software in bremischen Einrichtungen und Gesellschaften – Sachstand	25.10.2018	Abg. Kastendiek	